Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Petition 209054

Einkommensteuer - Verdopplung der monatlichen Sachbezugsfreigrenze auf 100 Euro

Text der Petition	Erhöhung der Freigrenze für Sachbezüge, u.a. für Tankgutscheine. Die Kaufkraft des aktuellen 50-Euro-Betrags ist durch die Inflation der letzten Jahre massiv geschrumpft. Arbeitnehmer brauchen echte Entlastung, der Betrag sollte auf 100 Euro verdoppelt werden.
Begründung	Die monatliche Freigrenze für Sachbezüge – die häufig für Tankgutscheine, ÖPNV-Tickets oder Einkaufskarten genutzt wird – wurde zuletzt zum 1. Januar 2022 von 44 Euro auf 50 Euro angehoben. Seitdem haben sich die Lebenshaltungskosten, die Energiepreise und insbesondere die Kraftstoffpreise in Deutschland drastisch erhöht. Die Kaufkraft des aktuellen 50-Euro-Betrags ist durch die Inflation der letzten Jahre massiv geschrumpft. Die aktuelle Regelung belastet Arbeitnehmer und Betriebe aus folgenden Gründen: Kein Inflationsausgleich mehr: Während die Freibeträge für Verpflegung und Kantinenessen (amtliche Sachbezugswerte) fast jährlich an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden, bleibt die Grenze für Gutscheine starr.Die existenzbedrohende „1-Cent-Falle“: Da es sich um eine Freigrenze und nicht um einen Freibetrag handelt, führt das Überschreiten der 50-Euro-Marke um nur einen einzigen Cent dazu, dass der gesamte Betrag rückwirkend voll steuer- und sozialversicherungspflichtig wird. Angesichts stark schwankender Benzinpreise ist dies für Arbeitgeber kaum noch rechtssicher zu handhaben. Mitarbeiterförderung im Mittelstand blockiert: Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Handwerksbetriebe nutzen Sachbezüge, um ihren Mitarbeitern in wirtschaftlich schweren Zeiten unbürokratisch bei den täglichen Mobilitäts- und Fahrtkosten unter die Arme zu greifen. Die aktuelle Grenze reicht kaum noch für eine halbe Tankfüllung. Eine Anhebung auf 100 Euro schafft eine spürbare Entlastung für Millionen von Arbeitnehmern in Deutschland, stärkt die Kaufkraft im lokalen Handel und mindert den bürokratischen Druck auf die Betriebe.